

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS
— Drucksache 13/3049 —

Antisemitische Überfälle, Sachbeschädigungen, Leugnung des Holocaust
und andere Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland im Monat Oktober 1995

Bundesdeutsche Rechtsextremisten verübten auch im Oktober 1995 antisemitische Straftaten, schändeten jüdische Friedhöfe, schmierten antisemitische Parolen, bedrohten und überfielen jüdische Bürgerinnen und Bürger sowie jüdische Einrichtungen. Flankiert wird dies durch eine teilweise oder gänzliche Leugnung des Holocaust. Diese Leugnung des Holocaust wird schon lange nicht mehr nur vom militanten Neofaschismus betrieben, etwa vom „NS-Kampfruf“. Eine derartige Leugnung findet auch in Zeitungen wie dem „Ostpreußenblatt“ statt, dem Zentralorgan der Landsmannschaft Ostpreußen, die bekanntlich aus Mitteln des Bundeshaushaltes unterstützt wird.

1. Welche antisemitischen Aktivitäten (Zusammenrottungen, Überfälle, Schmierereien, Pressedelikte, Leugnung des Holocaust usw.) sind der Bundesregierung im Oktober 1995 bekanntgeworden (mit der Bitte um genaue Auflistung der Vorfälle)?
2. Wie viele Tatverdächtige wurden wegen antisemitischer Delikte im Monat Oktober 1995 festgenommen (bitte nach Ländern und Straftaten aufschlüsseln)?
3. Wie viele Ermittlungsverfahren liefen wegen derartiger Delikte im Monat Oktober 1995 (bitte nach Ländern und Straftaten auflisten)?
4. In wie vielen Fällen wurden die Ermittlungen eingestellt (bitte nach Ländern und Straftaten auflisten)?
5. Wie viele Personen wurden im Oktober 1995 wegen antisemitischer Delikte zu welchen Strafen verurteilt (bitte nach Bundesländern und Straftaten aufschlüsseln)?

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 5. Dezember 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Auf die Antwort der Bundesregierung zu der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der weiteren Abgeordneten der PDS – Drucksache 13/606 – wird verwiesen.

In der Vorbemerkung wurde u. a. darauf hingewiesen, daß eine monatliche Erstellung der Landesstatistiken nicht vorgesehen ist.